

DPG-Rundbrief – Juli IV 2020

Liebe DPG-Mitglieder,
liebe Leserin, lieber Leser,

Annexionspläne

Die neue israelische Regierung wollte zum 1. Juli 2020 weitere Gebiete um Jerusalem sowie das Jordantal laut Trumps „Diebstahl des Jahrhunderts“ annectieren. Obwohl in Silwan und anderswo bereits palästinensische Eigentümer ihre Häuser räumen müssen und im Jordantal Bauern aus ihrem Grund und Boden vertrieben werden, hat Israel die völkerrechtswidrige Annexion formal noch nicht vollzogen. Hierzu dürften folgende Gründe maßgeblich sein:

- wird die neue US-Administration nach einer möglichen Abwahl von Trump am dem Plan festhalten?
- werden die USA eine Internationalisierung ihrer Nahostpolitik wieder aufnehmen?
- wird Netanjahu doch angeklagt und das Amt des Ministerpräsidenten aufgeben?
- wird es erneut zu Neuwahl der Knesset kommen?
- nimmt Israel möglicherweise Rücksicht auf die deutsche Präsidentschaft im Sicherheitsrat und in der EU - das wäre neu, aber durchaus möglich?

Fakt ist, dass die Annexion schleichend vollzogen wird.

Diffamierungen

Der DPG und vor allem Mitgliedern des DPG-Beirates werden erneut als antisemitisch in der Jerusalem Post durch einen nicht als ernst zu nehmenden Schreiber beschimpft und diffamiert. Wir haben uns entschieden auf diese Verleumdungen nicht einzugehen, weil wir uns ganz der politischen Situation in Palästina widmen und keine Ablenkung brauchen.

Jahreshauptversammlung und Wahlen 2021

Infolge der Corona Pandemie und der in diesem Zusammenhang erlassenen Allgemeinverfügungen zu Ausgangs und Kontaktbeschränkungen war für viele Vereine die Abhaltung der regelmäßig im Frühjahr stattfindenden Mitgliederversammlungen nicht mehr möglich. Dies führt dazu, dass wichtige Beschlüsse wie die Verabschiedung des Haushalts 2020 oder die Wahl eines neuen Vorstands nicht mehr rechtzeitig umgesetzt werden können. Vereine, bei denen Vorstandswahlen anstanden drohte das Risiko der völligen Handlungsunfähigkeit, wenn die anstehende Neuwahl des Vorstands nicht vor dem Auslauf der Amtszeit des bisherigen Vorstands erfolgen konnte. Um dem entgegenzuwirken hat der Bundestag am 27.03.2020 das **Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID – 19** Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht beschlossen. Ziel des Gesetzes ist die **Sicherung der Handlungsfähigkeit von Vereinen im Jahr 2020**.

<https://www.e-q-z.de/allgemein/coronavirus-und-vereinsrecht-das-neue-corona-massnahmenpaket-der-bundesregierung-fuer-vereine>

Um kein Risiko einzugehen und unsere Mitglieder nicht zu gefährden, haben sich Präsidium und Koordinatorinnen und Koordinatoren der Regionalgruppen auf ihrer digitalen Konferenz daher entschieden, die Jahreshauptversammlung mit den Wahlen des Präsidiums im Rahmen der nächsten Tagung 2021

Präsidium bleibt im Amt

Die Entscheidung, dass die Jahreshauptversammlung erst im Jahr 2021 durchgeführt wird, hat zur Folge, dass das Präsidium bis dahin im Amt bleibt. Dieses ist gesetzmäßig geregelt.

Erweiterter Vorstand

Unabhängig von der Terminierung der Jahreshauptversammlung soll es sobald es möglich ist eine Durchführung einer Sitzung des Erweiterten Vorstandes geben. Darüber wird später berichtet und dazu rechtzeitig eingeladen.

Palästina Journal

Die für Juni 2020 im Rahmen der Jahrestagung vorgesehene Herausgabe des Palästina Journals hat sich aus verschiedenen Gründen nicht realisieren können. Das beliebte PJ wird im August erscheinen und zugesendet.

Einzug der Jahresbeiträge

Unser Schatzmeister Dr. Yousef Ribhi bittet darum, dass etwaige Kontaktänderungen (Anschrift – Email – Bankverbindung) ihm direkt unter schatzmeister@dpg-netz.de mitgeteilt werden. Der Einzug der Jahresbeiträge per SEPA-Lastschrift wird für dieses Jahr am 10. August abgebucht.

Leserbrief im SPIEGEL Nr.29 11.7.2020

Drastische Maßnahmen

Nr. 27/2020 Schon in der kommenden Woche könnte die israelische Regierung Teile des Westjordanlands annectieren – was denken die Menschen, die dort leben?

Trump und Netanyahu brechen das Völkerrecht, missachten die selbst von den USA und Israel unterzeichneten internationalen Vereinbarungen und begehen bei der geplanten Annexion von 30 Prozent des Westjordanlandes nach Auffassung von Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn einen Diebstahl. Sie halten den Funken in der Hand und sorgen für einen erneuten Brand. Die vorgesehene völkerrechtswidrige Annexion ist durchaus mit der der Krim vergleichbar und darf nicht hingenommen werden. Israel muss im eigenen Interesse daran gehindert werden, damit es nicht dauerhaft eine Besatzungsmacht bleibt. Nur drastische Maßnahmen können Israel von dieser Entscheidung abhalten: Aussetzung des EU-Assoziiierungsabkommens mit Israel und Anerkennung des Staates Palästina in den Grenzen vor 1967. Alles andere ist wirkungslos. Schließlich darf das besondere Verhältnis zum Staat Israel nicht als Rechtfertigung für weiteres Unrecht missbraucht werden.

Nazih Musharbash, Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e. V., Bad Iburg

Besuchen Sie unsere Veröffentlichungen

Homepage: www.dpg-netz.de

Facebook: Deutsch-Palästinensische Gesellschaft